



18. Mai 2011

## **Biometrie: Allianz erneuert ihren Appell an den Europarat**

***Wie Privacy International kürzlich mitteilte, hat es Thorbjørn Jagland, der Generalsekretär des Europarates, abgelehnt, eine Untersuchung der Praktiken zur Sammlung und Speicherung biometrischer Daten in den Mitgliedsstaaten vorzunehmen.***

Ende März 2011 hatte sich eine internationale Allianz von Organisationen und Einzelpersonen aus 27 Ländern mit einer entsprechenden Petition an den Generalsekretär des Europarats gewandt, der gemäss Artikel 52 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) als Hüter der Grundrechte anzusehen ist.

Hintergrund war die Sorge der mehr als 80 Petitionsunterzeichner über die zunehmende Sammlung und langfristige Speicherung biometrischer Daten (wie etwa Fingerabdrücke und Gesichtsscans) in Europa. Nach Meinung der Allianz ist in einer demokratischen Gesellschaft die "Speicherung der biometrischen Daten der gesamten Bevölkerung unverhältnismässig, verletzt aus verschiedenen Gründen unnötig das Recht auf Privatsphäre und verstösst gegen die Unschuldsvermutung, die ebenfalls durch die Konvention geschützt" ist.

In seiner Stellungnahme verweist Generalsekretär Jagland vornehmlich auf Resolution 1797 des Europarats vom März 2011 hin. Und er betont die Notwendigkeit, Schritte zur Verbesserung und Modernisierung des einschlägigen Rechtsrahmens, einschliesslich der Europäischen Datenschutzkonvention 108 zu setzen.

Warum er es aber ablehnt, selbst die Rechtmässigkeit der staatlichen Sammlung biometrischer Daten zu untersuchen, erklärt Jagland nicht. Anstatt dessen verweist er auf verschiedene andere Organe des Europarates, wie die Parlamentarische Versammlung, den Menschenrechtskommissar und das Beratende Ausschuss zu Konvention 108.

In einer ersten Reaktion erklärte ein Sprecher der Allianz dazu: "Das Defizit beim Schutz der bürgerlichen Grundrechte gegenüber der staatlichen Nutzung biometrischer Daten ist enorm. Noch dazu sind die digitalen Fingerscan-Techniken unausgereift. Beispielsweise hat eine Überprüfung durch die niederländische Regierung eine Fehlerquote von 21 % bei der Verifizierung biometrischer Daten zu Tage gebracht. Ein Test des Bürgermeisters von Roermond hat gezeigt, dass bei jeder fünften Person, die ein Reisedokument abholen wollte, der digitale Fingerabdruck so schlecht war, dass keine Verifizierung möglich war."

Dies bestätigte neuerlich, so der Sprecher der Allianz, dass schleunigst eine tiefgehende Untersuchung erfolgen sollte um festzustellen, ob bei der gängigen Sammlung biometrischer Daten die Menschenrechte gewahrt und die Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit in den betreffenden Ländern tatsächlich eingehalten werden.